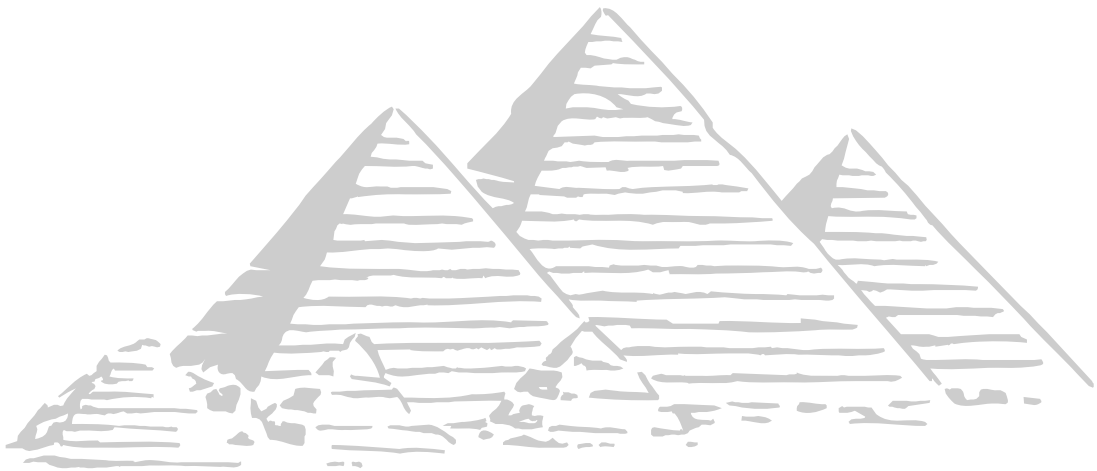


Konrad-Adenauer-Stiftung
Länderbüro Kairo

KAIRO - NEWS

August 2006



Kabinettsumbildung in Ägypten

Weniger Planwirtschaft – mehr Dezentralisierung

Michael A. Lange

Arabische Staaten uneins in der Libanonfrage

Michael A. Lange

Verfassungsentwicklung in Ägypten

Michael A. Lange / Kathrin Lotze

Jugend in Ägypten zwischen Revolution, Religion oder Resignation ?

Michael A. Lange / Menno Preuschaft

Konrad-Adenauer-Stiftung
Länderbüro Kairo
35, Abu El Feda Street
Zamalek, Kairo

Tel. 0020-2-735 43 29
Fax: 0020-2-737 21 21
kaf@internetegypt.com
<http://www.kas.de>

Kabinettsumbildung in Ägypten

Am Sonntag, den 27. August gab das ägyptische Präsidialamt überraschend bekannt, dass der ägyptische Präsident, Hosni Mubarak eine, wenn auch wenig umfängliche, Kabinettsumbildung dekretiert hatte. Die wichtigste Personalveränderung war dabei wohl die Ernennung des bisherigen Präsidenten des ägyptischen Verfassungsgerichts, Mamdouh Marie zum neuen ägyptischen Justizminister. Er löst damit den erst vor zwei Jahren ins Amt berufenen Mahmoud Abu El-Leil ab, der angeblich schon vor einiger Zeit aus gesundheitlichen Gründen den Präsidenten um seinen Rücktritt gebeten haben soll.

Mit dieser Umbesetzung reagierte der ägyptische Präsident sicher auch auf die schwierigen Beziehungen, die sich, angesichts unterschiedlicher Auffassungen zur Erfüllung der in der Verfassung niedergelegten Aufsichtspflicht der Richterschaft bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, in den vergangenen 15 Monaten zwischen dem ägyptischen Justizministerium und der ägyptischen Richterschaft entwickelt hatten. Vielen erschien die Reaktion des jetzt abgelösten Justizministers auf die Haltung einiger kritischer Richter überzogen, obwohl der Konflikt zum Ende hin deutlich politische Untertöne bekommen hatte. Um dem scheidenden Minister für seine Kooperationsbereitschaft zu danken und „unschönen“ Gerüchten über die wahren Gründe für seine frühzeitige Abberufung zuvorzukommen bzw. entgegenzutreten dekorierte ihn der Präsident anlässlich seines Ausscheidens aus dem Amt jedoch noch mit dem höchsten Orden, den die ägyptische Republik zu verleihen hat.

Die öffentliche Disziplinierung der beiden in Rede stehenden hochrangigen Richter war in der Rechtsgeschichte Ägyptens bis heute ohne Beispiel und hat dem Präsidenten, der sich aus verfassungsrechtlichen Gründen bewusst aus diesem Konflikt weitestgehend herauszuhalten versucht hatte, sicher nicht behagt. Er nutzte deshalb dieses Rücktrittsgesuch seines Justizministers, um einen vorläufigen Schlussstrich unter diesen Sachverhalt zu ziehen und in den Beziehungen zwischen der angesehenen ägyptischen Richterschaft und dem Justizministerium einen Neubeginn zu ermöglichen.

In einer weiteren, stärker von politischen bzw. ideologischen Faktoren beeinflussten, Personalentscheidung, löste der ägyptische Präsident das nun schon seit Jahrzehnten bestehende ägyptische Planungsministerium in seiner bisherigen Form auf und berief den bisherigen Amtsinhaber, Othman Mohamed Othman in die neu geschaffene Funktion eines Staatsministers für wirtschaftliche Entwicklung. An seine Seite stellte er einen neuen Staatsminister für den Lokale Entwicklung und damit einen Bereich, der erst in der vergangenen Kabinettsumbildung dem Ministerium zugeschlagen worden war, was sich offensichtlich als Fehlschlag erwiesen hatte. In dieses neue Amt wurde mit dem bisherigen in Alexandria sehr erfolgreich arbeitenden und deshalb in der dortigen Bevölkerung überaus populären Gouverneur, Mohammed Abdel Salam Mahgoub, ein neuer, Hoffnung verbreitender ehemaliger Militärgeneral berufen. Mit dieser Entscheidung machte der ägyptische Präsident also mit die lange erwartete Eliminierung eines Planungsministeriums wahr, das viele zuletzt nur noch als Relikt einer sozialistischen Vergangenheit der ägyptischen Wirtschaftspolitik empfunden hatten.

Einer offenen Marktwirtschaft, wie sie die aktuelle ägyptische Regierung mit ganzen Einsatz anstrebt, steht ein traditionelles Planungsministerium sicher nicht mehr gut zu Gesicht, weshalb man nun die noch weiter bestehenden Planungs- und Koordinierungsaufgaben im Bereich des staatlichen Budgetwesens auf die beiden neuen Staatsministerien verteilt hat. Angestrebt wird damit nun sicher auch eine bessere Abstimmung der weiterhin zentral erfolgenden staatlichen Investitionsplanung mit einer in Zukunft verstärkt regionalisierten Infrastrukturplanung.

Diese neue Ressortaufteilung muss sicher auch vor dem Hintergrund der jüngste Entscheidung zur Verschiebung der ägyptischen Kommunalwahlen gesehen werden, die ja jetzt erst im Jahr 2008 stattfinden werden. Eines der damals vorgebrachten Argumente für diese Verschiebung war ja, dass man beabsichtige, den lokalen politischen Instanzen im Rahmen ei-

ner nicht nur propagierten sondern jetzt auch ins Werk gesetzten Dezentralisierung mehr Mitsprachemöglichkeiten bei der Planung und Durchführung von öffentlichen und privaten Investitionen auf kommunaler Ebene etc. zu gewähren.

Zu diesem Zwecke musste man aber gerade die Planungskompetenzen stärker dezentralisieren, was mit der Aufspaltung der Zuständigkeiten jetzt wohl hoffentlich auch erreicht werden wird. In Zukunft wird der neue Staatsminister für lokale Entwicklung also vornehmlich mit der Aufbereitung der lokalen bzw. regionalen Investitionspläne befasst sein, wobei ihm ein neu geschaffenes „National Council for Planning“ zur Seite gestellt werden wird. Die Aufgabe des Staatsministers für wirtschaftliche Entwicklung wird dagegen die entsprechende Zusammenfassung der nationalen und sektoralen Entwicklungspläne sein, die es dann gilt mit den regionalen bzw. lokalen Plänen zu koordinieren..

Ob in diesem Zusammenhang in Zukunft auch an eine Dezentralisierung der bisher zentralisierten Finanzhoheit gedacht ist, steht dagegen momentan noch nicht fest. Sicher muss man in Zukunft auch dafür Sorge tragen, dass stärker lokal definierte Investitionsprioritäten auch auf eine bestimmte Weise in einen finanziellen Zusammenhang mit dem lokalen Steueraufkommen gebracht werden. Würde in Zukunft etwa die Registrierung bzw. nachträgliche Legalisierung illegaler Bau- und Anbauprojekte durch lokale Behörden erfolgen, wie es momentan wohl angedacht ist, so wäre es nur nahe liegend und politisch opportun die daraus entstehenden Steuermehreinnahmen auch in den jeweiligen Erhebungsgebieten, also durchaus lokal, für Investitionszwecke einzusetzen. Dies würde die Bereitschaft der lokal betroffenen Bewohner diese als notwendig erachtete Reform zu akzeptieren bzw. sich an ihr aktiv zu beteiligen sicher deutlich erhöhen. Mittelfristig würde den Bewohnern auf diesem Wege zudem endlich das Gefühl vermittelt, dass den von Ihnen entrichteten Steuern und Abgaben in ihrer unmittelbaren Umgebung auch entsprechend vermehrte öffentliche Investitionen und Dienstleistungen bereitgestellt werden. Der damit für den Bürger deutlicher werdende Zusammenhang zwischen Steuerzahlung und Investitionstätigkeit würde das Vertrauen in die herrschende politische Ordnung und damit die Regierung sicher erhöhen und verhindern helfen, dass der angestauten Frustration und Wut der ägyptischen Bevölkerung vor allem in den ländlichen Regionen ob der andauernden Korruption und dem Missbrauch von Steuermitteln, Einhalt geboten wird. Ein noch wichtigeres Ergebnis wäre es, wenn es auf diese Weise gelingen würde, der politischen Opposition in Gestalt der ägyptischen Moslembrüder einen Großteil der Anlässe zur Kritik an der Regierung zu nehmen. Dies würde der Opposition eine Wiederholung des Wahlerfolgs in den anstehenden Kommunalwahlen erschweren.

Vieles spricht also dafür, dass die ägyptische Regierung jetzt tatsächlich Ernst machen will mit der Dezentralisierung sowohl der Verwaltung als auch der Planung und Investition. Mit der Kabinettsumbildung setzt der ägyptische Präsident ein neuerliches Zeichen, das er gewillt ist, der lokalen Verantwortung mehr Bedeutung beizumessen als bisher, und man mehr als bisher auf die vielfältigen Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung einzugehen bereit ist.

Mit dieser Abkehr vom traditionellen ägyptischen Zentralismus in Fragen der Planung der Steuerung der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung des Landes geht man den mit der Ernennung Nacifs zum Ministerpräsidenten vor zwei Jahren eingeschlagenen Weg der wirtschaftspolitischen Liberalisierung konsequent weiter, und tritt damit zugleich den in jüngster Zeit im Zusammenhang mit dem jüngsten Zugunglück in Nord-Kairo wieder einmal verstärkt aufgekommenen Forderungen bzw. Gerüchten nach einer Ablösung Ahmed Nacifs resolut entgegen. Damit scheint klar, dass der ägyptische Präsident auch weiterhin vornehmlich auf eine wirtschaftliche Erholung der ägyptischen Wirtschaft setzt, um einem weiteren Popularitätsgewinn der Moslembrüder zu begegnen. Viele glauben ja, dass sich diese Popularität wesentlich aus den ökonomischen Problemen und den daraus entstehenden Frustrationen nährt. Deshalb glaubt auch die Regierung, dass es bei der Bekämpfung der Popularität der ägyptischen Moslembrüder jetzt vorrangig darum gehen muss, diesen ökonomischen Problemen resolut entgegenzutreten und vor allem weitere neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Arabische Staaten uneins in der Libanonfrage

Auf der letzten eilig einberufenen Außenministerkonferenz der Staaten der Arabischen Liga konnten sich die anwesenden Vertreter der Mitgliedstaaten am Samstag, den 15. Juli 2006 auch nach einer intensiven und zum Teil sehr kontroversen Debatte, mal wieder nicht auf einen gemeinsamen politischen Standpunkt in einer, die Region betreffenden Frage, einigen. Stattdessen wurde die „israelische Aggression“ gegen den Libanon und die Palästinenser ein weiteres Mal scharf verurteilt und die uneingeschränkte Solidarität mit dem Libanon und den Palästinensern zum Ausdruck gebracht. Man warnte vor einer weiteren Eskalation der Lage, da sie sich zu einer regionalen Konfrontation ausweiten könnte. Zum Abschluss der unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagenden Konferenz der arabischen Außenminister bezeichnete der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa, den Friedensprozess im Nahen Osten als „beendet“ und rief den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen - angesichts der Uneinigkeit im eigenen Lager - dazu auf, der „Aggression Israels gegen den Libanon und die Palästinenser ein Ende zu setzen und für den arabisch-israelischen Konflikt endlich eine „radikale Lösung“ zu finden“. In einem sich anschließenden Pressegespräch erklärte Amr Moussa schließlich, dass die gegenwärtige Lage zu Zorn und Verzweiflung herbeiführe und er den bisherigen Friedensprozess damit jetzt für „begraben“ erachte. Dieser Friedensprozess sei schon deshalb als gescheitert zu betrachten, der er nur Israel erlaubt habe, zu tun, was es für richtig erachte, weswegen die fragile Stabilität der Region jetzt restlos abhanden gekommen sei. Mit einer Eilsitzung des UN-Sicherheitsrats sei deshalb wohl erst im kommenden September zu rechnen, was bedeute dass sich die Region bis dahin am Abgrund bewegen und die politische Stabilität in der Region gänzlich verloren gehen würde.

Ägyptische Medien berichten, dass es während der Sitzung zu intensiven Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Mitgliedstaaten über die Rolle und ggfs. Mitschuld der Hizbollah an den Ereignissen im Libanon gekommen sei. Genannt wurden vor allem Vertreter Saudi Arabiens und auch Ägyptens, die die Hizbollah bereits vor dem Außenministertreffen des Abenteuertums gescholten und erklärt hatten, es läge nun allein an Hizbollah den Konflikt durch eine Freilassung der entführten israelischen Soldaten zu entschärfen. Ägypten reagierte auf die neuerliche krisenhafte Zuspitzung der Lage im Nahen Osten damit, dass es einem in Kairo weilenden hohen Funktionär der in Damaskus beheimateten Führung der palästinensischen Hamas, Mohammad Nazal, der sich für eine Unterstützung der Hizbollah und einen gemeinsamen Kampf gegen Israel ausgesprochen hatte, die sofortige Ausreise aus Ägypten nahe legte, weil man (angeblich) seine Sicherheit im Land nicht mehr gewährleisten könne, was natürlich als lächerlicher (diplomatischer) Vorwand bzw. als verklausulierte Ausweisung zu werten ist.

Berichten zufolge sollen die arabischen Außenminister während der Sitzungen in ihren Positionen sehr gespalten gewesen sein. Dabei hätten sich im wesentlichen drei Meinungsgruppen gebildet: Eine Gruppe geführt von Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien, Kuwait, Irak, Palästina, VAE und Bahrain habe die „Entführungsaktion“ von Hizbollah als „unverantwortlich“ bezeichnet. Eine weitere Gruppe angeführt von Syrien, Libanon, Algerien habe die Aktivitäten von Hizbollah als „legalen Widerstand“ und damit dem Völkerrecht entsprechend bewertet und die mangelnde arabische Einigkeit in dieser Beurteilung bemängelt. Eine dritte Gruppe, zu der Libyen, der Sudan und Marokko zählen, habe zwar die Operation von Hizbollah als „legitimen Akt des Widerstandes“ eingestuft, jedoch kritisiert, dass die Hizbollah ihre Aktivitäten mit der libanesischen Regierung nicht „koordiniert“ habe. Der Führer der anti-syrischen Fraktion im libanesischen Parlament, Saad Hariri, ließ derweil aus Kuwait, wo er sich, angesichts der vorübergehenden Unmöglichkeit in sein Land zurückzukehren, einige Zeit lang aufhielt, verlauten, sein Land sei keine „Spielwiese“ für politische und militärische Experimente. Gleichzeitig müsse Israel aber auch verstehen, dass sein Land um seine Freiheit und Souveränität kämpfe und dabei vereint bleiben und gemeinsam handeln müsse.

Die „liberale“ ägyptische Oppositionszeitung Al-Wafd hat sehr bald nach dem Abschluss der Außenministerkonferenz mit ihrem Aufmacher „Die Bürger für den Libanon, die Regierungen für Israel“ die Situation in der arabischen Öffentlichkeit präzise beschrieben und kritisiert, dass sich die arabischen Außenminister in den abgeschlossenen Räumen der Arabischen Liga wieder einmal versammelt und ihrem „liebsten Hobby“ gefrönt hätten, nämlich sich über die Rechtmäßigkeit der Entführung von zwei israelischen Soldaten durch die Hizbollah zu streiten, während die Gemüter der arabischen Bevölkerung, angesichts der offensichtlichen Ohnmacht der arabischen Regime, überkochten.

Einem Bericht der Al-Masry Al Yom zufolge hatte die ägyptische Oppositionsgruppe „Nationale Front für Veränderung“ die nachgiebige Haltung einzelner arabischer Regierungen als „beschämend“ kritisiert und den Verluste an Würde viel höher veranschlagt als alle milliardenschweren Personen- und Sachschäden. In ihrem Aufmacher kennzeichnete die linke Tageszeitung Al-Arabi die Lage der Araber als „Skandal der arabischen Führung“ und prangerte dabei vor allem die Haltung Ägyptens, Saudi-Arabiens und Jordaniens, also jener Staaten an, die sich sehr kritisch gegenüber den Aktionen der Hizbollah gezeigt haben.

In den darauf folgenden Wochen nahmen Berichte über die israelische Militäroffensive gegen den Libanon einen immer breiteren Raum in der ägyptischen Presse ein, was dazu führte, dass sich der ägyptische Präsident Mubarak schließlich dazu gezwungen sah, nach anfänglicher Kritik an der Hizbollah, nun umzuschwenken und verstärkt das „unverhältnismäßige“ Vorgehen der israelischen Armee im Libanon anzuprangern und einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand zu fordern. Jedoch wurde schon bald deutlich, dass Israel ein besonderes Interesse daran zu haben schien, die militärische Schlagkraft der Hizbollah vor einem eventuellen Waffenstillstand auf ein Minimum zu reduzieren. Nur auf diese Weise konnte es nach Israels Auffassung gelingen, die geforderte Machtübernahme der libanesischen Regierung im Südlibanon auch gegen den ausdrücklichen Willen der Hizbollah zu erreichen. Ohne eine deutliche Reduzierung des militärischen Potentials bzw. einer partiellen „Entwaffnung“ der Hizbollah müsste eine solche Kontrollübernahme illusorisch bleiben.

Dem Vorschlag des jemenitischen Präsidenten Ahmed Saleh, umgehend ein außerordentliches Gipfeltreffen der Arabischen Liga einzuberufen stand Ägypten dann wie der Sudan, Algerien und Qatar zwar grundsätzlich positiv gegenüber, der ägyptische Präsident wies jedoch in diesem Zusammenhang von Beginn an darauf hin, dass im Vorfeld eines solchen Gipfeltreffens bereits Einigkeit über eine Agenda und wohl auch über eine entsprechende Abschlusserklärung zu erzielen sei, was ihm angesichts der fehlgeschlagenen Außenministerkonferenz jedoch unerreichbar erschien. Es blieb schließlich bei der Planung bzw. Vorbereitung einer solchen Konferenz, die dann in ein Solidaritätstreffen in Beirut mündete.

Nach der erfolgreichen Vermittlung eines Waffenstillstands muss es für die Arabischen Staaten heute noch stärker als vor dem Konflikt darum gehen neue Wege in Richtung auf eine umfassende Lösung aller regionalen Konflikte in der Region aufzuzeigen. Diese sollten dann, verbunden mit einer Zusage sowohl die israelischen Geiseln als auch palästinensische Gefangene freizulassen, in einen neuerlichen politischen (Friedens-) Prozess münden und zu verstärkter Aktivität bei der Suche nach praktikablen Schritten in Richtung auf eine endgültige Friedenslösung in dieser volatilen Region führen. Gerade den „sunnitischen“ Regimen in der Region müsste es jetzt, angesichts eines merklichen politischen Machzuwachses schiitischer politischer Gruppierungen darum gehen, zu einer gemeinsamen Haltung zu finden.

Die Herausbildung einer schiitisch dominierten politischen Achse, angeführt von einem nicht arabischen Staat, wie Iran und unterstützt durch äußerst fragile arabische Regierungen im Irak und in Syrien stellt eine Herausforderung der traditionellen sunnitischen Dominanz in der Region dar. Deshalb konnte die strikte Haltung Ägyptens, Jordaniens und Saudi Arabiens zwar nicht überraschen, einen Ausweg aus diesem auch für sie bedeutenden politischen Dilemma haben diese Staaten bisher aber auch nicht gewiesen.

Verfassungsentwicklung in Ägypten

Die neuzeitliche Verfassungsgeschichte Ägyptens beginnt zwar in der Ära des Khediven Ismail im zweiten Teil des 19. Jahrhundert mit einem ersten Verfassungsentwurf aus dem Jahre 1866; für die meisten Verfassungsrechtler versinnbildlich jedoch erst die liberale Verfassung aus dem Jahre 1923 den ersten Schritt in Richtung einer konstitutionellen Ordnung in Ägypten. Erstmals musste sich die ägyptische Regierung aufgrund dieser Verfassung dem Parlament gegenüber verantworten wobei das Parlament der Regierung sogar sein Misstrauen aussprechen konnte. Dem ägyptischen Monarchen war zwar nur noch eine zeremonielle Funktion zugedacht, er hatte aber das bedeutende Recht behalten, das Parlament auflösen zu können. Davon machte er in der sich anschließenden Periode von 1923-1952 abwechselnd mit der britischen Besatzungsmacht ausgiebig, nämlich insgesamt zehn Mal, gebrauch. Vor allem in den Jahren 1930-1935 änderte der ägyptische König Fouad die Verfassung nach Belieben, bevor sie im Jahr 1935 wieder in ihre ursprüngliche Fassung umgewandelt wurde. Aber auch nach 1935 blieb die Verfassungsordnung fragil, was sich in dauernden Regierungswechseln - im Zeitraum von 1923-1952 allein 40 Mal - niederschlug.

Im Rahmen der Revolution von 1952 wurde diese Verfassung dann durch General Nasser außer Kraft gesetzt. Der revolutionäre Kommandorat proklamierte dann eine Interimverfassung, in der dem Rat umfassende exekutive und legislative Rechte zugebilligt wurden. Erst 1956 wurde dann eine neue, umfassende Verfassung verkündet, die die Errichtung einer aus 350 Mitgliedern bestehenden Nationalversammlung vorsah. Im Jahre 1958 wurde diese neue Verfassung dann im Wege einer Volksabstimmung legitimiert.

Durch den politischen Zusammenschluss von Ägypten und Syrien zur Arabischen Union musste auch diese Verfassung dann außer Kraft gesetzt werden. Eine gemeinsame Nationalversammlung dieser Union, bestehend aus 400 ägyptischen- und 200 syrischen Mitgliedern bereitete einige Zeit eine neue Verfassung vor, die jedoch nach der Trennung Ägyptens und Syriens, am 28. September 1961, wieder obsolet wurde.

Nach der Verabschiedung einer neuerlichen „Interimsverfassung“ wurde schließlich im Jahre 1971 die, auch heute noch im Wesentlichen weiter bestehende ägyptische Verfassung proklamiert. Die Verfassung von 1971 kennzeichnete das moderne Ägypten als eine „demokratische und sozialistische Republik“ mit einem „präsidialen Mehrparteiensystem“ was bedeutete, dass der ägyptische Präsident - ähnlich der französischen Verfassung - über weit reichende politische Rechte verfügen sollte, er sich jedoch gleichzeitig einem parlamentarischen Zweikammersystem mit mehreren unabhängigen politischen Parteien gegenüber sah.

Die Exekutive verfügte in diesem formalen System der Machtteilung über weit reichende Machtbefugnisse. Der Präsident verfügte als Staatsoberhaupt über das alleinige Recht zur Ernennung eines oder mehrerer Vizepräsidenten sowie des Premierministers. Der von ihm ernannte Premierminister musste zwar die Zustimmung der Nationalversammlung finden, da aber die politische Partei des Präsidenten (NDP) das Parlament über Jahre kontrollieren sollte blieb der Präsident der einzig dominierende politische Akteur. Daran änderte auch die Errichtung einer zweiten parlamentarischen Kammer, der Shura Rat im Jahre 1980 nichts. Der Shurarat sollte die legislative Arbeit der Nationalversammlung durch noch mehr Expertise versachlichen und die politische und demokratische Teilhabe weiterer intellektueller Kreise verstärken. Aus diesem Grunde wurde dem Präsidenten auch die Möglichkeit zur Ernennung einer gewissen Anzahl von Shura Mitgliedern aus dem Kreis von Wissenschaftlern und Fachexperten ermöglicht, die ansonsten den Weg in die politische Verantwortung (über eine Direktwahl in einem Wahlkreis) wohl nicht gefunden hätten. In der Realität verblieb die finale legislative Kompetenz in den Fällen, in denen es zwischen den beiden Kammern zu Meinungsverschiedenheiten kam, jedoch bei der Nationalversammlung.

Es war vor allem der damalige Präsident Anwar Al Sadat, der diese, vielen damals als durchaus liberal geltende Verfassung entworfen hatte. Er hatte zwar den Modus der 56er-

Verfassung zur Wahl des Präsidenten beibehalten, mit dem Artikel 77 jedoch die Möglichkeit zur Wiederwahl des Präsidenten für eine zweite Amtszeit eröffnet. Im Jahre 1980 wurde dann sogar die verfassungsrechtliche Beschränkung der Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten aufgehoben. Dagegen sprachen sich immer mehr Kritiker aus, zumal nur die gewählten Mitglieder der Nationalversammlung und nicht das Volk selbst über die (Aus-) Wahl eines Staatsoberhauptes zu entscheiden ausgerufen waren. Dies hatte dazu geführt, dass allein diejenige Fraktion oder Koalition, die in der Nationalversammlung über eine Mehrheit verfügte, den einzigen Kandidaten für das Amt des Staatsoberhauptes nominieren konnte. Dieser benötigte dann nur noch die mehrheitliche Bestätigung durch das Volk im Rahmen einer auf ihn zugeschnittenen Volksabstimmung.

Neben dieser Kritik am Prozedere der Präsidentschaftswahl ist in der Vergangenheit immer wieder auch Kritik gegen die Ausrufung bzw. Aufrechterhaltung des Ausnahme- bzw. Notstandes laut geworden. Nachdem kurz nach der Ermordung des Präsidenten Anwar Al Sadat sein Nachfolger im Amt, Hosni Mubarak im Oktober 1981 noch zu Recht den Ausnahmezustand erklärt hatte, blieb dieser seitdem bis heute ununterbrochen in Kraft. Das Notstandsrecht setzt die Verfassung "temporär" außer Kraft, erweitert die Macht der Polizei- und Sicherheitskräfte und legalisiert die Zensur. Außerdem ermöglicht das Notstandsrecht die Einschränkung politischer Aktivitäten, die der jeweiligen Regierung nicht genehm sind. So kann die Regierung alle Demonstrationen genehmigungspflichtig machen und bis dahin noch nicht anerkannte, politische Organisationen verbieten. Auch „vorbeugende“ Festnahmen ohne Anklage und Rechtsbeistand werden durch diese Notstandsgesetze legitimiert. Auch wenn die Justiz laut Verfassung unabhängig ist, und die Aufgabe hat, für faire Gerichtverfahren zu sorgen, tritt diese Aufgabe in den Hintergrund, wenn es um Fälle geht, die die nationale Sicherheit betreffen. Solche Fälle werden dann im Rahmen dieser Notstandsgesetze von Militär- bzw. Sondergerichten der Staatssicherheitsorgane behandelt. Die Angeklagten können in diesen Fällen von ihren eigentlichen, verfassungsmäßigen Rechten keinen ausreichenden Gebrauch machen

Zu Beginn der 90er Jahre hatten dann die ägyptischen Oppositionsparteien damit begonnen, sich auf die Frage der Verfassungsreform zu konzentrieren. Bald darauf hatten sich die meisten legalen politischen Parteien zusammen mit der ägyptischen Muslimbrüderschaft zusammengefunden und einen gemeinsamen Aufruf zur Änderung bzw. Neukonzipierung einer Verfassung vorgelegt. Das Regime reagierte auf diesen Aufruf jedoch zuerst hinhaltend und dann mit einem Mix aus Gleichgültigkeit, Kooptation (Durchführung von nationalen Dialogen) und Unterdrückung. Im Jahre 1999 wurde dann ein politisch- und verfassungsmäßiges Reformkomitee (PCRC) ins Leben gerufen. Das PCRC bestand aus den Vorsitzenden verschiedener politischer Parteien, Richtern, Journalisten und Intellektuellen. In Solidarität mit 20 festgenommenen Mitgliedern der Muslimbrüderschaft, hat dieses Komitee immer wieder folgende Forderungen gestellt:

- Das Notstandsgesetz solle aufgehoben werden
- Der Präsident solle aus mehreren Kandidaten direkt vom Volk gewählt werden
- Es sollen freie und faire Parlamentswahlen stattfinden.
- Die uneingeschränkte Formation von Parteien solle gewährleistet werden
- Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Unabhängigkeit von Verbänden und der Zivilgesellschaft sollen rechtlich verankert werden.

Der ägyptische Präsident reagierte auf diese Forderungen erst im Jahre 2005, als er eine Verfassungsänderung zur Präsidentenwahl (Artikel 76) ankündigte. Die Wahl eines neuen Präsidenten sollte in Zukunft folgenden Prinzipien folgen:

- die Wahl des Präsidenten soll durch direkte und geheime Wahlen erfolgen.
- den Wählern soll eine Auswahl von mehreren Kandidaten zur Wahl stehen
- die Glaubwürdigkeit der Nominierungsprozesse soll gewährleistet werden
- jede Partei soll die Möglichkeit erhalten einen ihrer Kandidaten zu nominieren
- eine Wahlkommission soll die Unabhängigkeit des Wahlprozesses garantieren
- eine richterliche Überwachung der Wahlen soll sichergestellt werden.
- die Wahlen soll an einem Tag durchgeführt werden

Mit der schließlich erfolgten Gesetzes- bzw. Verfassungsänderung entsprach das ägyptische Parlament noch rechtzeitig vor den Wahlen den Wünschen des Präsidenten. Diese Verfassungsänderungen bleiben jedoch in den Augen einiger Kritiker bis heute entweder unzureichend, oder es mangelt den beauftragten Institutionen und Aufsichtsorganen an Durchsetzungskraft. Das Problem wurde vor allem darin gesehen, dass in Ägypten die Unabhängigkeit der Judikative zwar -de jure- durch die Verfassung garantiert ist, die Regierung jedoch immer wieder -de facto- Mittel und Wege findet, diese Unabhängigkeit einzuschränken oder zu behindern. Kritiker meinen deshalb, dass es notwendig sei, institutionelle Vorkehrungen zu treffen, die die „Unantastbarkeit“ der Verfassung gewährleisten.

Der ägyptische Verfassungsgerichtshof müsse dabei noch stärker, bzw. von politischer Einmischung unabhängig werden, und endlich als ultimative Autorität in Verfassungsfragen anerkannt werden. Eine andere Möglichkeit wird in der Einrichtung eines „National Security Council“ nach dem Beispiel der Türkei, gesehen. Dieser soll die exklusive Aufgabe haben, die Einhaltung der Verfassung zu überwachen, und über ein eigenes Vetorecht verfügen.

Die ägyptische Regierung steht solch weit reichenden Änderungen bis heute skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die halb-staatliche ägyptische Zeitung Al-Ahram sah kürzlich in einem Editorial sogar die Möglichkeit voraus, dass sich Ägypten für den Fall, dass sich die derzeitige Regierung weiterhin gegen notwendige Reformen der Verfassung stellt, schon bald mit einer starken religiösen politischen Bewegung/Partei, einer schwachen säkularen Opposition und schwachen institutionellen und konstitutionellen Garantien wieder findet und damit den Weg in eine neue politische Ära, von der keiner wisse, ob sie wirklich dem ägyptischen Bürger den erwarteten bzw. erhofften Nutzen bringen würde, ebnen könnte.

Unabhängige Justiz in Ägypten ?

Nach der Bewältigung der ägyptischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sahen sich nationale wie internationale Presseorgane jedoch schon bald wieder aufgefordert über anhaltende Proteste immer größerer Teile der ägyptischen Bevölkerung zu berichten. Der Unmut der Demonstranten richtet sich gegen das Fortbestehen eines politischen Systems, von dem man geglaubt hatte, dass es sich angesichts wachsenden Reformdrucks aus dem Ausland langsam aber sicher in Richtung einer modernen offenen demokratischeren Gesellschaft wandeln würde. Viele hatten sich von den Wahlen sowohl die Aufhebung der seit 1981 geltenden Notstandsgesetzgebung, als auch allgemein eine umfassende Reform des Staatsapparates erhofft. Da diese Hoffnungen sich nicht unmittelbar erfüllten, versammelten sich seit einigen Monaten politische Aktivisten in großer Regelmäßigkeit zu wöchentlichen Aufmärschen politische Aktivisten in großer Regelmäßigkeit zu wöchentlichen Aufmärschen in der Innenstadt Kairo, umringt von Hunderten schwarz gekleideter ägyptischer Sicherheitskräfte und einer nur vage zu schätzenden Anzahl von Zivilbeamten, deren Aufgabe es ist, diese Demonstrationen, die nach dem weiterhin in vollem Umfang gültigen Ausnahmezustand als illegale weil nicht angemeldete Versammlungen zu gelten haben, zu überwachen bzw. wenn nötig aufzulösen. Dabei kommt es immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen der ägyptischen Sicherheitskräfte; ein Umstand, der von den allermeisten Aktivisten passiv in Kauf

genommen wird, um ihren Anliegen trotz aller Repression und Strafandrohung weiterhin Gehör zu verschaffen.

Bei den Demonstranten handelt es sich interessanterweise nicht um vom Regime vernachlässigte oder, weil arbeitslos, enttäuschte Protestler, sondern zum überwiegenden Teil um honorarige Vertreter des ägyptischen Bildungsbürgertums wie Anwälte, Richter, Ärzte, Journalisten und Universitätsprofessoren. Bei diesem Vorgang handelt es sich also um die Auseinandersetzung zwischen eher regierungsfernen Intellektuellen und einer eher regierungsnahen Gruppe von Politikern und Staatsbediensteten. Artikel mit Titeln wie „Revolt of the Egyptian Elite“ bedauern dabei zu Recht, dass es diese oppositionelle Elite bis heute noch nicht geschafft habe, ihr Anliegen einem größeren Teil der ägyptischen Bevölkerung nahe zu bringen. In einem Land, in dem etwa 20% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben und die inoffizielle Arbeitslosenquote zwischen 20 und 30 Prozent vermutet wird (offiziell liegt sie bei etwa 10 %), bewegen sich die Forderungen der Demonstranten in einem thematischen Bereich, der für die meisten dieser Menschen vollständig an ihren ganz alltäglichen Problemen und Nöten vorbeiziele. Auch eine Analphabetenrate (hier zu verstehen als die Prozentzahl deren Personen ab 15 Jahren, die weder lesen noch schreiben können) von etwas mehr als 40 Prozent, macht es der Opposition nicht einfacher den Zusammenhang zwischen der geforderten Reformen und einer damit möglicherweise einhergehenden Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu vermitteln. All diese Forderungen erscheinen den meisten als viel zu abstrakt und theoretisch, als dass sie diese eher ungebildeten, dabei aber deutlich unzufriedenen „Massen“ dazu bringen könnten, sich den Protesten in großer Zahl anzuschließen. Allerdings blieben die interessierten intellektuellen Kreise dem Protest bis heute verbunden und provozierten schließlich eine Auseinandersetzung zwischen der ägyptischen Justiz und der ägyptischen Regierung. Diese Auseinandersetzung hatte den Hintergrund, dass zwei hochrangige Richter, Hisham Al Bastawisy und Mahmoud Mekki im Mai 2006 wegen kritischer Aussagen zur Verfassungsmäßigkeit der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, angeklagt werden sollten.

Am 2. September 2005, nur wenige Tage vor den Präsidentschaftswahlen, hat die Judikative Ägyptens eine Vereinbarung mit der Regierung geschlossen, welche die Richterschaft mit der Überwachung dieser Wahlen beauftragte. Nach der alten Regelung hatte die Justiz nur die Kontrolle über die Auszahlungsbüros auf der Distriktebene, nicht aber in sämtlichen Wahllokalen, in denen die Stimmzettel abgegeben wurden. Dort hatte die stark von der Regierung kontrollierte und politisierte Polizei das Sagen, was nicht immer einen freien und fairen Wahlgang garantierte. Für die Wahlen 2005 sollte die Justiz deshalb Zugang zu allen Ebenen im Wahlprozess bekommen. Als Präsident Hosni Mubarak den Artikel 76 der Verfassung erfolgreich geändert und somit die Wahl von mehreren Kandidaten ermöglicht hatte, wurde die Wahlbeobachtung durch Richter noch als ein Beleg für die fortschreitende Demokratisierung Ägyptens bewertet. Diese Sichtweise wurde jedoch nicht von allen geteilt. Eine einflussreiche Gruppe von ägyptischen Richtern, darunter eben vor allem auch Hisham Al Bastawisy und Mahmoud Mekki, äußerte sich öffentlich dahingehend, dass sie die Ergebnisse der Wahlen nicht anerkennen würden, da Richter aus immerhin 113 Wahllokalen Unregelmäßigkeiten berichtet hätten, ohne dass die Ergebnisse annulliert worden wären. Da nach der ägyptischen Verfassung die Richter jedoch alle Wahlergebnisse bestätigen müssen, wurden einzelne protestierende Richter von der Polizei unter Druck gesetzt und sogar misshandelt. Zudem wurde ihnen auch kein ausreichender Schutz vor Angriffen von NDP Anhängern gewährt. Ebenso war berichtet worden, dass Wähler massiv bedroht und teils gewalttätig am Urnengang gehindert worden sind.

Die Richter Bastawisy und Mekki hatten daraufhin der Regierung öffentlich Wahltäuschung vorgeworfen, was zu ihrer temporären Amtsenthebung führte, sowie eine disziplinarische Anhörung am ägyptischen Obersten Gerichtshof zur Folge hatte, wo sie sich dem Vorwurf der Verbreitung „unbewiesenen“ Behauptungen und der unerwünschten Einmischung in die

Politik gegenübersehen. Die ägyptische Regierung war der Meinung, dass den Richtern per Gesetz eine politische Einmischung untersagt und es Aufgabe der Richtervereinigung sei, diesen Sachverhalt im Benehmen mit dem Justizministerium zu klären. Dies zeige aber, so Kritiker dass die Judikative keineswegs unabhängig ist, sondern in ihrer freien Meinungsäußerung sehr stark von der Regierung eingeschränkt werde. Diesen Zustand zu ändern sei aber gerade das Ziel der Reform orientierten Richter wie etwa Bastawisy, der in einem Interview unterstrich, dass ihn allein das Recht der ägyptischen Bürger bewegt habe eine unabhängige Richterschaft zu haben. Nur eine unabhängige Judikative habe, so Bastawisy, die Kraft die volle Integrität und Transparenz der ägyptischen Wahlen zu garantieren, und somit auch das Vertrauen der Menschen in das politische System allgemein zu fördern. Außerdem kann nur auf diese Weise garantiert werden, dass die Justiz gegen Druck von außen immun bleibe und auf dieser Basis souverän ihre Aufgaben erfüllen könne.

Das Verfahren gegen die Richter Hisham Al Bastawisy und Mahmoud Mekki hat schließlich dazu geführt, dass sich große Teile der Bevölkerung mit der Richtervereinigung solidarisch erklärt haben und in großer Zahl im Zentrum von Kairo demonstrierten. Als die Sicherheitskräfte begannen die Demonstrationen gewaltsam aufzulösen, eskalierte die Situation. 200 und 300 Demonstranten wurden vom in Zivil gekleideten Staatssicherheitsdienst festgenommen. Die Behörden rechtfertigten den Einsatz damit, dass die Verfassung im Artikel 54 unautorisierte Proteste oder Demonstrationen verbietet. Da jedoch an den Demonstrationen schließlich auch Anhänger der verschiedenen Oppositionsparteien teilnahmen, wie etwa Vertreter der ägyptischen Moslembroderschaft, Ayman Nour's El-Ghad Partei, und die Kifaya Bewegung, drohten die Richter nicht nur zu einem Symbol für den Kampf um eine unabhängigere Justiz, sondern auch zu einer Verkörperung der ägyptische Reformbewegung zu werden, was die Regierung natürlich verhindern wollte.

Schließlich entschied sich die Regierung für eine „salomonische“ Lösung. Nachdem die Verhandlung gegen die beiden Richter ohne die Beschuldigten begann und ihren Verteidigern der Zugang zum Verhandlungssaal verweigert worden war, drohte der „Prozess“ zu eskalieren. Als einer der angeklagten Richter auch noch einen Herzinfarkt erlitt, einigte man sich darauf, den Richter Mahmoud Mekki freizusprechen und den Richter Hisham Al Bastawisy wegen seiner öffentlichen Vorwürfe gegen die Regierung zu rügen und ihm im Wiederholungsfall die Ausübung seiner Richtertätigkeit zu untersagen.

Jugend in Ägypten zwischen Religion, Revolution und Resignation ?

In den letzten Monaten ist in Ägypten eine wachsende Mobilisierung großer Teile der Jugend zu spüren. Dies ist politisch durchaus von Bedeutung, da in Ägypten über die Hälfte der Bevölkerung jünger als 30 Jahre ist, wobei allein die bis 14-Jährigen ein ganzes Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen. Diese Bevölkerungsgruppe wäre von den Ergebnissen eines momentan immer stärker eingeforderten Reformprozesses sicher am ehesten betroffen. Erfolgreiche wirtschaftliche Reformen und daraus resultierende zusätzliche Arbeitsplätze wären für sie ein besonderer Segen. Es treten jedoch bei einem geschätzten Bevölkerungswachstum von momentan etwa 1,75 Prozentpunkten jährlich rund 1 Million Schulabgänger in den Arbeitsmarkt ein. Die Regierung hatte lange versucht durch die garantierte Übernahme zumindest der Jungakademiker in einen ohnehin schon völlig aufgeblähten Staatsapparat die politische Brisanz des lange Zeit fehlenden ausreichenden Wirtschaftswachstums zu entschärfen. Nachdem diese Politik nicht zuletzt aus budgetären Gründen aufgegeben werden musste, hätte es nicht verwundern können, wenn die ägyptische Jugend ihren Anspruch auf eine sichere wirtschaftliche Zukunft in den Strassen Kairo und Alexandrias immer lautstärker eingefordert und die Regierung zur entsprechendem verantwortlichen Handeln aufgerufen hätte. Doch deuten jüngste Ergebnisse einer Untersuchung des Kairoer „Al-Ahram Center for Political and Strategic Studies“ (ACPSS) in eine andere Richtung. Dieser Untersuchung zu Folge hat die überwältigende Mehrheit der befragten Jugendlichen gar kein Interesse an Politik oder gar an politischer Partizipation. Lediglich acht Prozent der Befragten gaben an, politisches Engagement als Staatsbürgerpflicht zu verstehen. Die übrigen 92 Prozent waren dagegen der Meinung, dass aus politischer Partizipation für sie kein unmittelbarer Nutzen erwächst bzw. erwartet werden könnte. So ist es nicht verwunderlich, dass schon die Bereitschaft, sich mit Politik auch nur zu beschäftigen, bei den allermeisten Befragten auf wenig Interesse stößt. Etwas mehr als 60 Prozent der befragten Jugendlichen gaben an, überhaupt Zeitung zu lesen und rund 95 Prozent kannten weder einzelne politische Parteien Ägyptens noch ihre Anzahl. Die Studie identifiziert als die beiden wichtigsten Gründe für die ablehnende Haltung der befragten Jugendlichen gegenüber der Politik: „Furcht vor der Politik“ und „fehlende Anregung in der Familie“. Über 90 Prozent der Befragten gaben an, sich aus einer diffusen Angst heraus nicht politisch zu engagieren während mehr als 80 Prozent der Befragten berichteten, dass ihre Eltern eine aktive politische Teilhabe ihrer Kinder missbilligten.

In einer dermaßen verängstigten Umgebung grassiert bei den meisten Jugendlichen ein deutlicher Mangel an Zugehörigkeitsgefühl zu der sie umgebenden Gesellschaft, was auch einer möglichen Identifikation mit den Zielsetzungen einer der existierenden politischen Parteien, von denen sich eine große Mehrheit (90 Prozent) der Befragten überhaupt nicht ernst genommen fühlt, entgegensteht. und die die Themen, welche die Jugendlichen betreffen nicht ausreichend behandeln.

In einer vom US-amerikanischen „Center for International Private Enterprise“ (CIPE) veröffentlichten Studie geht der Autor Dr. Ahmed Abdel Halim näher auf die sozioökonomischen und politischen Faktoren ein, die den Mangel an politischer Partizipation in Ägypten begründen. Zunächst wird in dieser Studie festgestellt, dass die ägyptische Kultur eindeutig einer zentralisierten Entscheidungsfindung zuneigt, was sich jedem bereits in der Familie durch die alleinige Entscheidungskompetenz des Familienoberhaupts vermittelt. Dies setzt sich dann über den Arbeitsbereich bis hin in die Entscheidungsmechanismen innerhalb der praktischen Politik fort, so dass es auf allen Ebenen der Gesellschaft vorrangig zu einem Abwälzen von Verantwortung bzw. gar nicht erst zur Übernahme derselben kommt. Die bereits erwähnte Angst davor politisch aktiv zu werden führt die Studie im Namen des CIPE auf die historisch gewachsene Erfahrung zurück, nach der lediglich das Engagement inner-

halb des Regierungslagers gesellschaftlich honoriert, der Einsatz innerhalb der Opposition aber als unpatriotisch und geradezu verräterisch gebrandmarkt wird.

In einer derart autokratischen bzw. patriarchalischen Gesellschaft, wie sie Ägypten bis heute geblieben ist, kann deshalb kaum verwundern, dass der weiterhin dominierende, väterliche Teil der Gesellschaft, der gewünschten politischen Partizipation seitens der Jugend (vor allem der Frauen) weiterhin ablehnend gegenüberstanden wird.

Kritisch wird in diesem Zusammenhang vor allem die Rolle des ägyptischen Erziehungssystems gesehen, das es bislang nicht geschafft habe, den Analphabetismus ausreichend zu bekämpfen und damit den Bürgern überhaupt erst den Weg zu einer politischen Teilhabe geebnet zu haben. Zudem sei das ägyptische Bildungswesen nicht darauf ausgerichtet, kritisches Denken und Hinterfragen anzuregen, sondern konzentriere sich, wie auch in vielen anderen arabischen Ländern, auf das Auswendiglernen von „Fakten“. Schenkt man den ägyptischen politischen Kommentatoren Glauben, so scheinen sich die Zahlen zu bestätigen: Nach Einschätzung eines Kommentators der MET liegt das Durchschnittsalter der oppositionellen Aktivisten bei Mitte 40. Die Bewegung rekrutiert sich demnach also aus jener Generation, die sich im Nachzug der 1967 Niederlage und in den frühen 70er Jahren zu studentischen Protesten im Herzen Kairos sammelten und wirtschaftliche Reformen forderten.

So zählt beispielsweise Kamal Khalilm, einer der damaligen Anführer der Studentenbewegung, zu den Galionsfiguren der Kefaya (arabisch: „genug“) Bewegung, die 2003 von dem heute 67-jährigen George Ishaq ins Leben gerufen wurde. Wenn diese Linke, Nasseristen, Islamisten und Säkularisten auch nicht „vereint“, so bringt sie sie doch mit dem gemeinsamen Ziel dem ägyptischen Präsidenten, der Vetternwirtschaft und der übermannenden Bürokratie auf den Straßen Kairos und Alexandrias ein lautes „Genug!“ entgegen zu stellen. Erwähnter George Ishaq ist es auch, der in Interviews trotz der widersprechenden Zahlen betont, dass die Jugend das Herz der Bewegung darstelle und sich junge Ägypter vielleicht sogar mehr denn je politisch einsetzen. Tatsächlich finden sich unter den Kefaya Anhängern zahlreiche junge Menschen. Einige von ihnen haben im vergangenen Jahr eine eigene Fraktion mit dem Namen „Youth for Change“ gegründet. Um die fünf Gründungsmitglieder haben sich mittlerweile einige hundert Gleichgesinnte gesammelt, um nach neuen Wegen zu suchen und den Missständen im Lande die Stirn zu bieten.

Die Bewegung für einen demokratischen Wandel entstand unter diesen ägyptischen Jugendlichen nicht im leeren Raum. Vielmehr wurde die Initialzündung für das politische Engagement bei vielen zunächst durch außenpolitische Ereignisse gegeben: Mit dem Beginn der so genannten zweiten „Intifada“ der Palästinenser im September 2000 regten sich auch bei einem Teil der ägyptischen Jugend erste wahrnehmbare Bestrebungen sich politisch Gehör zu verschaffen. Öffentlich sichtbar wurde dieses Engagement am 20. März 2003, als sich in Kairo – wie auf der ganzen Welt – Menschen gegen die an diesem Tag beginnende Invasion der USA und ihrer Verbündeten in den Irak aussprachen. Zu diesem Zeitpunkt wand sich die Anti-Kriegs-Bewegung in Ägypten schon nicht mehr allein gegen die Politik der Vereinigten Staaten, sondern auch gegen die stillschweigende Duldung dieser Politik durch die eigene Regierung. Bald darauf erweiterte sich das Interesse der Aktivisten auf innenpolitische Themen und die ägyptische Regierung; eine Entwicklung, die sich im Vorlauf der vergangenen Wahlen weiter verstärkte und bis heute anhält.

Mit dem Zusammenschluss zu einer Jugendfraktion innerhalb der Kefaya-Bewegung, verschaffen sich die jungen Aktivisten Freiraum, durch innovative Maßnahmen Einfluss auf die Geschehnisse des Landes zu nehmen und setzen dabei dort an, wo die Berichterstattung der letzten Wochen das große Manko der außerparlamentarischen Opposition sah. Sie suchen den Kontakt zu den Bürgern, vor allem zu ihrer eigenen Altersgruppe, gehen zu zweit oder dritt in die Universitäten, an die Arbeitsplätze und die Parks der Stadt und verteilen Flugblätter oder verwickeln Passanten in Diskussionen um Denkanstöße zu geben. Zudem machen sie Gebrauch von SMS und Internet um Sympathisanten für Demonstrationen zu mobilisieren.

Auch inhaltlich richten sie sich hauptsächlich auf die Gleichaltrigen aus, indem sie Themen des Alltags der ägyptischen Jugend, wie Arbeitslosigkeit und Familienplanung, aufgreifen und die Zusammenhänge zwischen der Verbesserung der persönlichen Perspektiven und den geforderten politischen Reformen aufdecken. Es geht den jugendlichen Aktivisten dabei – ungleich ihren älteren Mitstreitern – um hehre Ziele wie Menschenrechte, die Unabhängigkeit der Justiz oder die Aufhebung der Notstandsgesetzgebung, sondern um die Frage, wie sie von einer Arbeit, bei der sie 300 Pfund (etwa 45 bis 50 Euro) monatlich verdienen, eine Hochzeit bezahlen und eine Familie ernähren sollen. Immer vorausgesetzt, dass sie überhaupt eine Anstellung finden. Durch die Konzentration auf die alltäglichen Sorgen und Nöte ihrer eigenen Generation sollen die Altersgenossen aus ihrer Passivität gelockt und zur Eigeninitiative bewegt werden.

Auch in Hinblick auf die Einbeziehung von Anhängern religiöser Bewegungen unter dem Dach der Kefaya nehmen viele der jungen Aktivisten eine andere Position ein, als viele der Gründerväter der Bewegung. Dies bezieht sich vor allem auf die in den vorjährigen Parlamentswahlen äußerst erfolgreich angetretenen Muslimbrüdern. Zwar konnten diese aufgrund ihres Verbotes als Organisation nicht als Partei in den Wahlkampf ziehen. Ihre Kandidaten, die als „Unabhängige“ in fast allen Wahlkreisen kandidierten, stellen jedoch de facto die größte Fraktion neben der regierenden NDP im ägyptischen Parlament dar und gelten als diejenige oppositionelle Gruppe, die unter der Bevölkerung den größten Zuspruch findet.

Mit ihrem Plädoyer für eine stärkere Einbindung der Anhänger der Muslimbruderschaft in die Aktivitäten von Kefaya wollen die säkularen Mitglieder von „Youth for Change“ sowohl einer notwendigen Bündelung aller oppositionellen Kräfte wie auch der Hoffnung auf mäßigen Einfluss auf die Politik der religiös motivierten Gruppe, die mit dem Slogan „Der Islam ist die Lösung“ für sich wirbt, Rechnung tragen.

Die Popularität der Muslimbrüder rührt zum einem daher, dass sie es in den Jahrzehnten der Abwesenheit politischen Pluralismus in Ägypten verstanden haben in der Gesellschaft solidarische Netzwerke auf die Beine zu stellen, die soziale und wirtschaftliche Unterstützung anbieten und großes Vertrauen genießen. Zum anderen sind viele Ägypter schon aus Mangel an überzeugenden Alternativen und des guten Rufs der Bruderschaft, die im Gegensatz zu der Regierung nicht verdächtigt wird für Korruption anfällig zu sein, dazu geneigt, ihr die Wahlstimme zu geben. Die Bewegung verfügt nicht nur über eine eindrucksvolle Organisationsstruktur, sondern kultiviert in ihren Kadern auch einen Ethos persönlicher Rechtschaffenheit im Dienst der Gemeinschaft. Es ist wohl die Kombination aus religiös basierter Rechtschaffenheit und den Forderungen nach einem demokratischen Wandel, welche die Brüder auch für viele junge Menschen zu einer, wenn nicht der einzigen, wählbaren Alternative werden lassen; wie auch immer man die Glaubwürdigkeit vor allem der Aussagen in Hinblick auf die demokratischen Motivation bewerten mag.

Bei allem Konservativismus, den die Muslimbruderschaft beispielsweise zur Rolle der Frau und gegenüber den Kopten einnimmt, so propagiert sie doch auch das Bild eines modernen, durchaus mit demokratischen Werten zu vereinbarenden Islam. Damit entsprechen sie dem Wunsch vieler junger Ägypter in einem System demokratischer Ordnung zu leben, in dem Theorie und Praxis sich nicht widersprechen, wie es von einigen den europäischen Demokratien und den USA unterstellt wird. Die Forderung, sich an die Regeln eines demokratischen Systems zu halten, wird dabei gewissermaßen zu einer religiösen Pflicht und erst dadurch wirklich bindend. Erst durch diese religiöse Verpflichtung wird also ein Gefühl der Stabilität und inneren Ordnung vermittelt, das das jetzige politische System – aber auch die gesellschaftliche Ordnung – nicht zu geben vermag.

Allerdings wäre es falsch anzunehmen, dass die ägyptische Jugend sich zurzeit in Massen zu politischem Engagement innerhalb der Muslimbruderschaft entschließen würde.

Sie suchen nicht die Revolution, sondern die politische Stabilität, verbunden mit wirtschaftlichen Chancen, die ihnen die Politik seit langem nicht mehr zu bieten scheint und die sie in der Religion zu finden suchen.

Als äußeres Zeichen hierfür gilt das Kopftuch, für das sich immer mehr junge Frauen entscheiden, während ihre Mütter schon vor dreißig Jahren besonders in den ägyptischen urbanen Zentren häufig wesentlich freierherziger gekleidet waren und es oft auch bis heute noch sind. Als vertrauenswürdiger Indikator für dieses Sehnsuchtsgefühl der Jugend kann aber wohl der Erfolg von Fernsehpredigern wie Amr Khalid gelten. Dieser hat in Ägypten und der übrigen Arabischen Welt den Bekanntheitsgrad eines Popstars erreicht. Prediger wie Khalid, die meist keine klassische theologische Ausbildung genossen haben, adressieren ihre Botschaft an die Jugend in deren Sprache und greifen Themen wie Flirten, Ausgehen oder die Sommerferien auf, genauso wie das Leben des Propheten. Politische Argumente werden von diesen Predigern allerdings nur eher indirekt eingesetzt. Sie rufen vielmehr oft lediglich zu einer moralischen Verbesserung der Gesellschaft auf, damit Reformen möglich sind. Sie appellieren also weniger an die Regierenden, als an ihre Zuhörer und prangern deren Passivität an. Der Ägypter Amr Khalid hat dazu die Gruppe „Sunna al-hayat“ (*Lifemakers*) ins Leben gerufen, die beispielsweise Kleider für Bedürftige sammelt oder Essensrationen für Arme während des Ramadans organisiert. Khalid postuliert mit dieser Initiative seine Botschaft von der „Entwicklung durch Glauben“ und will Jugendliche dazu bewegen im Rahmen von *Lifemakers* ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen und der Gemeinschaft zu nützen. Dabei haben Khalid und seinesgleichen aufgrund ihrer Popularität das Potential eine Jugend mit dieser Botschaft zu erreichen, die sich zu großen Teilen enttäuscht von der Politik abgewandt hat und sich der Passivität zuwendet. Den nötigen Halt suchen dabei nicht wenige in der Religion. Dies muss keinesfalls bedeuten, dass die ägyptische Jugend rückwärts gewandt ist. Vielmehr suchen sie einen Kompromiss zwischen religiösem Konservatismus und dem Leben in einer modernen Umwelt. Dabei besteht die Gefahr, dass die in diesem Sinne „neokonservative“ ägyptische Jugend anfällig für Gruppen wird, die angeben sie politisch zu repräsentieren, für deren Ernsthaftigkeit bei der Forderung nach Demokratie aber bisher noch hinreichende Zweifel angebracht sind. Dies gilt besonders für eine Gesellschaft, in der es die säkularen Kräfte bisher nicht ausreichend verstanden haben, ihre Ziele und Werte (glaubwürdig) zu vermitteln und sich auch moralisch von der herrschenden Elite klar und deutlich positiv abzugrenzen.

Für den Fall aber, dass Gruppen wie Kefaya die gesteigerte Aufmerksamkeit für die Missstände nützten, sich selbst klar und greifbar zu positionierten und breite Bevölkerungsschichten zur aktiveren Teilnahme und zur Wahrnehmung ihres Wahlrechts mobilisieren könnten, würde die ägyptische Jugend die Gelegenheit bekommen ihr Land tief greifend und dauerhaft umzuformen.

Das Erwachen der jungen Ägypter aus ihrer politischen Lethargie vollzieht sich zurzeit nur langsam und fast ausschließlich in bestimmten Kreisen. Der eine, kleinere Teil der Jugend profitiert vom politischen System der Väter und hat allein deswegen schon keinen Grund sich aufzulehnen. Der andere, wohl größte Teil der ägyptischen Jugend hat schlichtweg andere Sorgen und verfügt auch dank des ägyptischen Bildungssystems gar nicht über die Kapazitäten sich politisch einzumischen.

Diejenigen, die sich in Kefaya (oder bei den Muslimbrüdern) engagieren, stammen demnach zumeist aus der immer dünner werdenden Mittelschicht Ägyptens. Ein plötzliches, kraftvolles und lautes Aufbäumen der ägyptischen Jugend ist auch deshalb recht unwahrscheinlich, da das politische System in Ägypten es bislang noch immer verstanden hat, auch dieser gut (aus-) gebildeten Bevölkerungsgruppe den Weg in die Politik zu versperren. Doch scheinen langsam mehr und mehr von ihnen dazu bereit zu sein, sich dieser Herausforderung zu stellen; ein Reifungsprozess, aber eben keine Revolution.

Neue Strafrechtsbestimmungen im Presserecht

Das ägyptische Parlament verabschiedete am 10. Juli 2006 ein neues Pressegesetz, dessen Inhalt bereits lange vor der Verabschiedung für große Aufregung, besonders von Seiten unabhängiger Zeitungen und Oppositioneller gesorgt hatte.

Vor etwa zwei Jahren hatte Ägyptens Staatspräsident Husni Mubarak unter dem Druck zu politischen Reformen und Liberalisierung vor allem von Seiten der USA angekündigt, das zuvor 1996 letztmalig geänderte, restriktive Pressegesetz zu erneuern und den Journalisten größere Freiheiten zuzugestehen, sowie die Androhung von bis zu fünfjährigen Haftstrafen, beispielsweise für den Straftatbestand der üblen Nachrede, aufzuheben. Das Versprechen Mubaraks war seinerzeit von vielen Journalisten bereits als Durchbruch für eine seit langem geforderte erweiterte Presse- und Meinungsfreiheit im Land gefeiert worden, so dass der Vorsitzende der ägyptischen Journalistengewerkschaft Galal Aref gar das Ende der „Inhaftierungen aufgrund freier Meinungsäußerung“ gekommen sah und es in der Folge zu zahlreichen Neugründungen von unabhängigen Zeitungen in Ägypten kam.

Nachdem die Regierung Mubarak zwei Jahre brauchte um ihrer Ankündigung einer Überarbeitung der entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches Taten folgen zu lassen, wurde Anfang Juli 2006 dem ägyptischen Parlament endlich ein Gesetzentwurf zur Verabschiedung vorgelegt. Entgegen der erwarteten Lockerung und Aufhebung drohender Haftstrafen für Herausgeber und Redakteure, sahen besonders Vertreter unabhängiger und oppositioneller Zeitungen ihre Freiheiten und Rechte durch die zur Diskussion stehenden Gesetze einer weiteren Beschneidung ausgesetzt. Auf besonders große Ablehnung von journalistischer Seite traf dabei der Plan, die kritische Berichterstattung über die Einkünfte öffentlicher Personen und die Infragestellung ihrer finanziellen Integrität mit bis zu drei Jahren Haft zu bestrafen. Der Vorwurf lautete, dass der entsprechende Paragraph einerseits die Pressefreiheit extrem einschränke, und andererseits zum Ziel habe, der in Ägypten weit verbreiteten Korruption Schutz zu bieten.

Der Widerstand gegen die geplanten Änderungen zur Pressefreiheit im ägyptischen Strafrecht formierte sich am 9. Juli 2006 zu einer Demonstration von einigen hundert Journalisten aus etwa 25 Redaktionen unabhängiger Zeitungen, sowie einigen Aktivisten verschiedener Oppositionsgruppierungen vor dem ägyptischen Parlament, in dem zur selben Zeit die Debatte über die Reformen lief. Zusätzlich brachten die Journalisten ihren Unmut auch dadurch zum Ausdruck, dass an jenem Sonntag ihre Zeitungen nicht in den Druck gegangen waren und somit an den Zeitungsständen nur die staatlichen Zeitungen zu finden waren, deren Redakteure die Reaktion ihrer unabhängigen Kollegen teils als „überzogen“ darstellten. Die internationale Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ trat den Demonstranten verbal zur Seite und erklärte in einem Schreiben, dass die geplanten Gesetzesänderungen internationale Standards im Bereich der Pressefreiheit verletzen würden.

Es ist anzunehmen, dass die durch die Demonstrationen gestiegene Aufmerksamkeit auch aus dem Ausland dazu führte, dass Mubarak sich sprichwörtlich in letzter Minute dazu entschloss, eine Änderung des vom Parlament am 10. Juli verabschiedeten Gesetzkpakets vorzunehmen. So strich er kurzerhand den kontroversen Artikel 303, der die Berichterstattung zu den finanziellen Handlungen öffentlicher Personen untersagte, aus dem Katalog und nutzte die Gelegenheit sich seinen ausländischen Partnern als williger Reformier zu präsentieren.

Zahlreiche andere Paragraphen des alten Gesetzes wurden in der neuen Fassung jedoch weder entschärft, noch aufgehoben. Teilweise erhielten sie sogar durch Hinzufügungen und Konkretisierungen einen noch restriktiveren Charakter als zuvor. So wurde dem Artikel 181 der Strafgesetzgebung, der eine Haftstrafe für jeden vorsieht, der „den König oder Präsidenten eines anderen Landes verunglimpft“, dahingehend ausgeführt, dass dieser Straftatbestand nun eine Mindeststrafe von sechs Monaten und bis zu fünf Jahren, bzw. eine Geldstrafe von

5.000-20.000 ägyptischen Pfund (660 - 2.700 Euro) für den Herausgeber einer Zeitung und 10.000-30.000 Pfund (1.300 - 4.000 Euro) für den Journalisten nach sich zieht.

Auch Artikel 308, nach dem Journalisten, deren Artikel „einen Angriff auf die Würde und Ehre von Einzelpersonen, oder die Schmähung einer Familie beinhalten“, mit einer Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis zur Verantwortung gezogen werden, bleibt weiter in Kraft.

Vertreter von Human Rights Watch bemängelten weiter, dass diese Gesetze zum Missbrauch einluden und zudem internationalen Standards der freien Meinungsäußerung nicht genügten. Politische Führer und andere Personen des öffentlichen Lebens müssten Kritik und die öffentliche Meinung tolerieren. Gesetzliche Einschränkungen der freien Meinungsäußerung, unter dem Vorwurf vermeintlicher Beleidigung, hinderten und unterbänden öffentliche Debatten, die aber elementare Bestandteile eines demokratischen politischen Prozesses darstellten.

Dass es den Machthabern Ägyptens mit der Durchsetzung ihrer nach wie vor restriktiven Gesetzgebung in Hinblick auf die Presse ernst ist, stellte das am 26. Juni 2006 gesprochene Urteil gegen den Herausgeber der oppositionellen Wochenzeitung al-Dustur, Ibrahim Issa unter Beweis. Issa und sein Kollege Sahar Zaki wurden für die „Beleidigung des Präsidenten“ und der „Verbreitung falscher oder tendenziöser Gerüchte“, strafbar nach den Artikeln 179 und 102 des ägyptischen Strafgesetzbuchs, zu jeweils einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sie hatten in einem Artikel im April 2005 über die Klage eines ägyptischen Staatsbürgers gegen Husni Mubarak, seine Frau Suzanne und seinen Sohn Gamal Mubarak berichtet. Der Kläger Said Muhammad Abdullah Sulaiman warf dem Präsidenten, seiner Familie und Personen in seinem Umfeld die „Verschwendung ausländischer Mittel“ vor. Auch Sulaiman wurde – wie die beiden Journalisten – zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Alle drei sind nach der Zahlung einer Kaution von 10.000 ägyptischen Pfund (1.300 Euro) frei und bereits in Berufung gegangen.

Die Botschaft des Urteils und der Gesetzesänderungen sprechen eine klare Sprache: Der ägyptische Präsident lässt den Journalisten der unabhängigen Zeitungen einen erweiterten Freiraum für ihre kritischen Einlassungen. Diese werden also in einem von ihm definierten Rahmen gestattet. Der sensible Punkt ist dabei jedoch die Definition des Rahmen selbst; diese hat das Regime bewusst so vage gestaltet, dass Gesetze je nach Stimmungslage im Land, nach der wechselnden Intensität der Aufmerksamkeit aus dem Ausland und den eigenen Interessen entsprechend interpretiert werden können.

Ein Gesetz, nach dem die Berichterstattung über die finanzielle Integrität einzelner Individuen strafbar wäre, kann der ägyptische Präsident schon deshalb leicht fallen lassen, weil die „Verbreitung falscher Gerüchte“ verfolgt bzw. bestraft werden kann. Dieser Terminus lässt ohnehin mehr Freiraum zur Interpretation um den Vorwurf der Korruption als falsches Gerücht darzustellen. Selbst wenn er tatsächlich wahr sein sollte, dürfte dies für die Reichen und Mächtigen Ägyptens ein leichtes Unterfangen sein.

Das neue ägyptische Kabinett

Ministerpräsident	Ahmed Nazif
Landwirtschaft :	Amin Abaza
Verteidigung und Militärproduktion:	Mohammed Hussein Tantawi
Auswärtige Angelegenheiten:	Ahmed Abul-Gheit
Intern. Zusammenarbeit:	Fayza Abu El-Naga
Unterricht:	Yosri Saber Hussein Al-Gamal
Justiz:	Mamdouh Mohieddin Marie
Inneres:	Habib Al-Adli
Höhere Bildung und Forschung:	Hani Helal
Information:	Anas Al-Fiqi
Religiöse Stiftungen:	Mahmoud Hamdi Zaqzouq
Kultur:	Farouk Hosni
Finanzen und Versicherungswesen:	Youssef Boutros-Ghali
Investitionen:	Mahmoud Mohieddin
Tourismus:	Zoheir Garana
Erdöl und Mineralien:	Sameh Fahmi
Transport:	Mohammed Mansour
Zivilluftfahrt:	Ahmad Shafiq
Elektrizität und Energie:	Hassan Ahmed Younes
Wasserwirtschaft und Bewässerung:	Mahmoud Abu Zeid
Kommunikation und I-Technologie:	Tarek Kamel
Industrie und Handel:	Rashid Mohammed Rashid
Gesundheit und Bevölkerung:	Hatem Al-Gabali
Wohnungsbau und Urbane Entwicklung	Ahmed Al-Maghraby
Minister für Soziale Solidarität:	Ali Moselhi
Minister für Arbeit und Einwanderung:	Aisha Abdul-Hady
Minister für parlamentarische Angelegenheiten:	Mofid Shehab

Staatsminister für den Schurarat:	Mofied Shehab
Staatsminister für Umwelt:	Maged George Elias
Staatsminister für Wirtschaftliche Entwicklung:	Osman Mohammed Osman
Staatsminister für Lokale Entwicklung:	Abdel Salam El-Mahjoub
Staatsminister für Administrative Entwicklung:	Ahmed Darwish
Staatsminister für Militärproduktion:	Sayed Meshaal